

CDU-Landesverband Sachsen | Fetscherstraße 32/34 | 01307 Dresden

Gefangenen-Gewerkschaft  
Herrn Bundesprecher Manuel Matzke  
Industriestraße E2  
01612 Glaubitz

## **Ihre Wahlprüfsteine zur Sachsenwahl 2019**

Stand: 19. August 2019

### **Ziele der Gefangenen-Gewerkschaft/Bundesweite Organisation**

#### **1. Wird sich ihre Partei in der kommenden Legislatur für die Gewerkschaftsfreiheit inhaftierter Arbeiter\*innen einsetzen? Wenn ja, wie?**

Wir unterstützen die Möglichkeit der Partizipation durch Gefangene durch eine demokratisch geregelte Gefangenenmitverantwortung. Deren Aufgabe ist es u.a., sich mit Vorschlägen, insbesondere zu sozialen Belangen, an den Anstaltsleiter zu wenden. Ein Einsatz für die Gewerkschaftsfreiheit ist derzeit nicht geplant. Da es sich bei Gefangenen nicht um Arbeitnehmer im rechtlichen Sinner handelt, sehen wir hierfür aktuell keine Grundlage. Sicherlich verbinden Sie mit Ihrer Frage konkrete Vorstellungen und Ziele zu denen wir uns gerne mit Ihnen austauschen würden.

#### **2. Wird sich ihre Partei in der kommenden Legislatur für den Mindestlohn inhaftierter Arbeiter\*innen einsetzen? Wenn ja, wie?**

Derartige Initiativen sind nicht geplant, da die Gefangenen nicht dem Arbeitnehmerbegriff im Sinne des Gesetzes über den Mindestlohn unterliegen. Die Arbeit der Gefangenen dient im Gegensatz zur Arbeit von Arbeitnehmern in Freiheit nicht der Sicherung ihrer Existenz, sondern ist Teil der Resozialisierung. Sie dient also der Wiedereingliederung in ein Leben in Freiheit. Sollten Gefangene als Arbeitnehmer auch mindestens den Mindestlohn erhalten, wäre auf der anderen Seite zwingend auch über eine Beteiligung an den Kosten der Haft zu nachzudenken, denn sonst würden arbeitende Gefangene gegenüber arbeitenden Menschen in Freiheit übervorteilt, da diese selbst für ihre Lebenshaltungskosten (Essen, Miete etc.) aufkommen müssen. Der Haftkostensatz beträgt derzeit ca. 100,- EUR pro Tag.

#### **3. Wird sich ihre Partei in der kommenden Legislatur für die volle Einbeziehung inhaftierter Arbeiter\*innen in die Sozialversicherungssysteme (Rente, Krankenversicherung) einsetzen? Wenn ja, wie?**

Der Aufnahme arbeitender Gefangener in die Rentenversicherung stehen wir als Sächsische Union grundsätzlich wohlwollend gegenüber. Diese Materie ist allerdings bundesrechtlich zu regeln. Deshalb kann von sächsischer Seite aufgrund mangelnder Gesetzgebungskompetenz keine Regelung herbeigeführt werden. Zudem ist zu klären, wer im Falle einer bundesweiten Regelung die Kosten dafür übernimmt.

## Resozialisierung

### **4. Wird sich ihre Partei in der kommenden Legislatur für den Erlass eines Resozialisierungsgesetzes einsetzen? Wenn ja, wie?**

Wir als CDU stehen klar für eine gute Resozialisierung der Gefangenen, denn Resozialisierung ist eine Grundvoraussetzung für ein straffreies Leben nach der Haftentlassung. Die sächsischen Justizvollzugsgesetze müssen sich in Sachen Resozialisierung im bundesweiten Vergleich nicht verstecken, sie sind vielmehr sogar führend. Für uns ist dabei nicht entscheidend, wie ein Gesetz heißt. Es kommt vielmehr darauf an, was darin steht. Und darauf können wir stolz sein. Allerdings findet zum Thema Resozialisierung derzeit eine umfassende Evaluation statt, deren Ergebnis abzuwarten bleibt. Dabei werden auch die Strafvollzugs- und Resozialisierungsgesetze sowie Resozialisierungsmaßnahmen in anderen Bundesländern in den Blick genommen. Sollte sich im Ergebnis der Evaluierung Handlungsbedarf zeigen, werden wir diesen angehen.

### **5. Wird sich ihre Partei in der kommenden Legislatur für die vermehrte Gewährung von gesetzlich möglichen Lockerungen einsetzen? Wenn ja, wie?**

Wir stehen für Sicherheit auch im Justizvollzug. Wir stehen dafür, dass geeigneten Gefangenen die gesetzlich vorgesehenen Lockerungsmöglichkeiten offenstehen und bewilligt werden. Es handelt sich bei der Frage der Gewährung von Lockerungen jedoch immer um Einzelfallentscheidungen, die auch justiziable sind. In dieser Hinsicht generelle Aussagen zu treffen, ist daher grundsätzlich unseriös. Die CDU steht für seriöse Politik.

### **6. Wird sich ihre Partei in der kommenden Legislatur für die Auslastung und den Ausbau der Plätze im offenen Vollzug einsetzen? Wenn ja, wie?**

Wir wollen den offenen Vollzug besser auslasten. Ansatz könnte sein, vermehrt Gefangene mit kurzen Freiheitsstrafen, die sich selbst zum Haftantritt gestellt haben, in den offenen Vollzug zu verlegen. Aber auch hier handelt es sich im Sinne der Sicherheit jeweils um gut abzuwägende Einzelfallentscheidungen.

## Vollzugsgestaltung

### **7. Wird sich ihre Partei in der kommenden Legislatur für marktgerechte sowie monopolfreie Insasseneinkäufe einsetzen? Wenn ja, wie?**

Wir stehen für faire Preise, die sowohl den Interessen der Gefangenen als auch der Betreiber von Läden Rechnung tragen.

### **8. Wird sich ihre Partei in der kommenden Legislatur für marktgerechte Telefonkosten einsetzen? Wenn ja, wie?**

Wir setzen uns seit Jahren erfolgreich für faire Telefontarife für Gefangene ein und werden das auch weiterhin tun. Die Kosten sind in den letzten Jahren ganz deutlich reduziert worden. Der Weg zur weiteren Reduzierung kann dadurch gelingen, dass Verträge mit Anbietern gekündigt werden, um neue Verträge zu verbesserten Konditionen abzuschließen.

### **9. Wird sich ihre Partei in der kommenden Legislatur für die Internetnutzung durch Gefangene einsetzen? Wenn ja, wie?**

Wir streben wegen der bestehenden Missbrauchsgefahr keine vollständige Freigabe des Internets für Gefangene an. Das gilt ganz besonders für den Bereich der Untersuchungshaft, da Möglichkeiten zur Beeinflussung von Zeugen und anderen am Strafverfahren Beteiligten nicht zugelassen werden können. Dort, wo es aus Gründen der Resozialisierung oder Ausbildung sinnvoll ist, werden wir uns aber für die Schaffung weitere Möglichkeiten der Internetnutzung stark machen.

### **Gesundheitsfürsorge**

#### **10. Wird sich ihre Partei in der kommenden Legislatur für eine notwendige und angemessene medizinische Hilfe und Behandlung entsprechend Art. 3 der EMRK für betäubungsmittelabhängige Gefangene einsetzen? Wenn ja, wie?**

Die Gefangenen haben einen Anspruch auf notwendige medizinische Leistungen unter Beachtung des Grundsatzes der Wirtschaftlichkeit nach dem allgemeinen Standard der gesetzlichen Krankenversicherung. Eine Substitution kann nach rein medizinischen Aspekten fortgeführt oder eingeleitet werden. Die Möglichkeit für Drogenpatienten, im Justizvollzug eine Substitution zu beginnen oder fortzuführen, muss der Möglichkeit in Freiheit entsprechen. Deshalb wollen wir für betäubungsmittelabhängige Gefangene die Möglichkeiten der Suchttherapie, z.B. durch eine weitere Suchttherapiestation auch für weibliche Gefangene, ausbauen. Unser oberstes Ziel heißt, Sucht zu bekämpfen, da Betäubungsmittelsucht oft der Grund der Straffälligkeit ist und durch ein suchtfreies Leben die Chance auf ein straffreies Leben nach der Haft deutlich höher ist.

#### **11. Wird sich ihre Partei in der kommenden Legislatur für eine Implementierung von Spritzentauschprogrammen im Strafvollzug einsetzen? Wenn ja, wie?**

Die bisherigen Erfahrungen in Ländern, die solche Projekte durchgeführt haben, haben aus unserer Sicht nicht den gewünschten Effekt (Verringerung der Infektionsgefahr) gebracht, da Spritzen regelmäßig zweckentfremdet wurden. Wir stehen grundsätzlich für einen drogenfreien Vollzug sowie für ein drogenfreies Leben. Aus diesem Grund wird sich die Sächsische Union für ein solches Programm einsetzen.